



Wir versorgen Deutschland

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022

**Alle Fragen zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung
und die zugehörigen Antworten der Parteien**

Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der Patientinnen und Patienten. Viele Entscheidungen, welche die Hilfsmittelbranche betreffen, werden nicht direkt auf Landesebene getroffen, trotzdem besitzen die Bundesländer die Möglichkeit, entsprechenden bundespolitischen Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund hat „Wir versorgen Deutschland“ Wahlprüfsteine an die Landesverbände der Parteien versendet, um im Vorfeld der Landtagswahl zur Transparenz bezüglich der unterschiedlichen gesundheitspolitischen im Bereich der Hilfsmittelversorgung beizutragen.

Frage 1: Sicherung der Versorgung

Welche Maßnahmen planen Sie, um in Niedersachsen auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln im ambulanten, stationären und häuslichen Bereich zu sichern?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Die gesetzlichen Krankenkassen bezahlen Hilfsmittel, die im Einzelfall erforderlich sind, um den Erfolg einer Krankenbehandlung zu sichern, einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder eine bereits vorhandene Behinderung auszugleichen. Die allgemeinen Verordnungsgrundsätze finden sich in der Hilfsmittel-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses. Die Länder haben hier keine gesetzliche Zuständigkeit. Da Hilfsmittelhersteller aber häufig mittelständische Betriebe sind, können diese von der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung des Landes profitieren.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer sowie Hebammen und Geburtshelfer

müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehung zwischen Ärztin und Patient. Um den Fachkräftemangel ein Stück weit im Gesundheitswesen und insbesondere bei den Heilmittelerbringern zu begegnen, sollten Auszubildende bundesweit von der Zahlung von Schulgeldern befreit sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient die beste Versorgung erhält. Dafür muss die Gesundheitsversorgung künftig umfassend, regional und patientenzentriert gedacht werden. Wir wollen die künstliche Sektorenbarriere zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln. Den Rettungsdienst wollen wir modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen bedarfsgerechter und vernetzter gestalten. Integrierte Gesundheitszentren sollen dabei unterstützen, die regionale Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Behandlungen zu sichern.

Die Bedürfnisse des ländlichen Raums mit seiner besonderen Versorgungsstruktur sollen durch entsprechende Programme berücksichtigt werden. Wir lassen uns weiterhin vom Grundsatz „ambulant vor stationär“ leiten. Die gesetzlichen Vergütungsregelungen erschweren es derzeit, Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den ambulanten Sektor zu überführen. Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre Vergütung erhalten bleiben, damit keine Patientin und kein Patient unversorgt bleibt.

Die Linke

DIE LINKE. setzt sich für eine bedarfsorientierte und kostenfreie medizinische Versorgung für alle Menschen ein. Medizinische Hilfsmittel gewährleisten vielen Menschen ihre gesellschaftliche Teilhabe. Diese Teilhabe ist keine Almose, sondern ein Recht der Menschen. Daher haben alle Menschen ein Recht auf Ausstattung mit medizinischen Hilfsmitteln, die ihrem Bedarf entsprechen.

Auf Landesebene setzt sich DIE LINKE unter anderem ein für:

- Einen Krankenhausplan, der sich an Bedarf und Wohnortnähe orientiert.
- Eine Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der Krankenhausinfrastruktur.
- Die Einrichtung eines landeseigenen Strukturfonds mit 1 Mrd. Euro aus Landesmitteln.
- Den Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern, Psychiatrien und Unikliniken.
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des nicht auf angemessene Versorgung ausgerichteten Systems der Fallpauschalen (DRGs).
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Zwei-Klassen-Versicherung: Eine Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle!
- Ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherzustellen.
- Eine menschenwürdige Altenpflege, die sich am konkreten Bedarf der Menschen ausrichtet.
- Verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte Personalschlüssel in der Pflege.

- Ein Ende der „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den ambulanten Pflegediensten.
- Den Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf.
- Mehr Mitsprache von Betroffenen hinsichtlich ihrer Unterkunft und Verpflegung.
- Eine Bundesratsinitiative aus Niedersachsen zur Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, durch die sichergestellt wird, dass alle in Deutschland lebenden Menschen, auch Politiker*innen, Selbstständige sowie Beamte*innen, Mitglied sind mit Beiträgen je nach ihrem individuellen Einkommen. Zur Berechnung sollen alle Einkommensarten herangezogen werden, inklusive Kapitalerträgen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.
- Die Einführung mobiler Arztpraxen.
Ein Förderprogramm für Hausarztpraxen im ländlichen Raum.
- Den Einsatz von speziell geschulten Fachkräften („Gemeindegewerkschaften“).
- Die Einführung von barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen und Apotheken.

Frage 2: Kostensteigerungen

Welche Maßnahmen planen Sie, um zu verhindern, dass es in Niedersachsen durch die aktuell massiv gestiegenen Material-, Transport-, Energie- und Lieferkosten zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Hilfsmitteln kommt?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Die massiv gestiegenen Material-, Energie-, Transport- und Lieferkosten betreffen nicht nur die Hilfsmittelhersteller. Das Land allein kann hier wenig tun. Es ist wichtig, dass das Energiekostendämpfungsprogramm des Bundes für die von Erdgas- und Strompreissteigerungen besonders betroffenen Unternehmen dringend angepasst wird. Dabei muss insbesondere auch die Situation von Mittelständlern und Handwerksbetrieben, wie den Hilfsmittelherstellern berücksichtigt werden. Der Staat kann zwar nicht jede Teuerung ausgleichen, aber es braucht eine faire Unterstützung nicht nur für Groß-, sondern auch für kleinere Betriebe, die besonders von den Rekordenergiekosten betroffen sind. Zudem muss als konsequenter Schritt nach Abschaffung der EEG-Umlage nun auch die Absenkung der Stromsteuer angegangen werden. Bundeskanzler Scholz hat im Wahlkampf versprochen, einen Industriestrompreis von vier Cent einzuführen.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Hintergrund eines Versorgungsengpasses ist häufig, dass es an einem Wirkstoff mangelt, weil ein Versorger ausfällt und die übrigen Anbieter eine verstärkte Nachfrage zu bewältigen haben. Andere Gründe sind Ausfälle bei der Produktion, Qualitätsmängel und Distributionsschwierigkeiten. Wir sind daher der Auffassung, dass eine Diversifizierung der deutschen Lieferketten notwendig ist. Dabei treten wir für eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. Wir sind überzeugt, dass nur gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen.

Die Linke

Wir fordern Preisdeckel für Energie- und Gas um Menschen und Betriebe vor Insolvenzen zu schützen. Zudem fordern wir, dass die Energie- und Gasproduktion vergesellschaftet wird, demokratisch kontrolliert wird und die Produktion an Bedarf- und nicht nach Gewinnpotentialen ausgerichtet wird.

Frage 3: Entbürokratisierung

a) Einheitlicher Mehrwertsteuersatz

Vergleichbare Hilfsmittel werden teilweise mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen belegt. Obwohl die MwSt. für Sanitätshäuser ein „durchlaufender“ Faktor ist, führt sie regelmäßig in der Praxis zu Abrechnungsproblemen zwischen Leistungserbringern und Kassen und einem hohen bürokratischen Aufwand. Auch die Aussagen der zuständigen Zolltarifbehörden zur Besteuerung bieten für die Betriebe keine Rechtsicherheit. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden?

b) Leitverträge

Aufgrund der Vielzahl von Einzelverträgen zwischen Kassen und Leistungserbringern ist der Verwaltungsaufwand im Hilfsmittelbereich höher als in jedem anderen Versorgungsbereich. Zugleich ist dieser Bereich dadurch von einer hohen Intransparenz geprägt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig Verträge gem. §127 SGB V grundsätzlich durch die maßgeblichen Spitzenverbände der Leistungserbringer sowie die maßgeblichen sonstigen Zusammenschlüsse von Leistungserbringern und den Krankenkassen als Leitverträge verhandelt werden?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Zu a) Welche Produkte und Dienstleistungen mit dem normalen oder einem reduzierten Mehrwertsteuersatz belegt sind, folgt keiner klaren Logik. Eine Harmonisierung durch den Bund wird von uns daher befürwortet.

Zu b) Die Reduzierung der Anzahl von Einzelverträgen ist sicherlich ein Beitrag zu mehr Effizienz bei der Hilfsmittelversorgung und daher ein sinnvoller Vorschlag. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen, dass in § 127 SGB ein entsprechender Vorrang für die Verhandlung von Leitverträgen aufgenommen wird.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Zu a) Die derzeitigen Ermäßigungen bei der Mehrwertsteuer sind kaum nachvollziehbar. Die Komplexität des deutschen Steuersystems zeigt sich an diesem Beispiel eindrücklich. Einige Waren und Dienstleistungen unterliegen einem vergünstigten Satz, andere wieder nicht. Wir wollen die Besteuerung vereinfachen, indem nur noch solche Waren und Dienstleistungen einer Ermäßigungen unterliegen, die tatsächlich lebensnotwendig sind. Das Steuersystem sollte einfach und verständlich für jeden sein.

Zu b) Wir stehen dieser Idee grundsätzlich offen gegenüber, sind allerdings der Auffassung, dass zuvor untersucht werden müsste, ob und wie diese Lösung umgesetzt werden kann, ohne das es zu einer Benachteiligung einzelner Leistungserbringer kommt.

Die Linke

Zu a) Wir setzen uns gerne für eine günstige und einheitliche Besteuerung von medizinischen Hilfsmitteln ein.

Zu b) Wir werden uns gerne dafür einsetzen, dass Verträge als Leitverträge verhandelt werden. Ziel dabei ist neben der Reduzierung von Verwaltungsaufwand auch die Reduzierung von Kosten für die Bevölkerung.

Frage 4: Digitalisierung

a) Elektronische Patientenakte (ePA):

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hilfsmittelleistungserbringer Zugang zu allen für die Hilfsmittelversorgung relevanten Informationen in der elektronischen Patientenakte erhalten (Lese- und Schreibzugriff auf die ePA)?

b) Makelverbot:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine Klarstellung für das Makelverbot mit elektronischen Rezepten gem. § 33 (6) auch „für Dritte“ gilt und damit ein provisionsbasierter Handel über digitale Drittanbieter von Plattformen verhindert wird, wie es bei Arzneimittelrezepten bereits der Fall ist?

c) Telematik-Infrastruktur:

Werden Sie sich weiter dafür einsetzen, dass – analog zu der Erstausrüstung von Ärztinnen und Ärzten – auch alle nicht-ärztlichen Leistungserbringer die Erstausrüstung an Hard- und Software für die Anbindung an die Telematikinfrastruktur durch die Krankenkassen finanziert bekommen?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Zu a) Wir unterstützen die digitale Patientenakte, das eRezept und deren flächendeckende Einführung. Auf die elektronische Patientenakte haben allerdings ausschließlich die Versicherten selbst Zugriff. Niemand außer dem Nutzer hat Einblick in die Daten. Alle Aktionen innerhalb der Akte funktionieren nur, wenn die Versicherten ihre Zustimmung gegeben haben.

Zu b) Zu dieser sehr speziellen bundespolitischen Frage haben wir uns keine landespolitische Meinung gebildet.

Zu c) Soweit eine Anbindung an die Telematikinfrastruktur für nicht-ärztliche Leistungserbringer obligatorisch ist, muss diesen die Erstausrüstung u. E. auch finanziert werden.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Zu a) Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren – also selbstverständlich auch den Heilmittelerbringern – sowie Patientinnen und Patienten, muss digital ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientinnen- und Patientendaten sicherzustellen. Die Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern sie hat das Potential, die Gesundheitsversorgung und den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteuren zu erleichtern.

Wir haben deshalb die (leider viel zu spät in die Wege geleitete) Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) begrüßt. Hinsichtlich des Zugangs zu den Daten stehen wir zum Opt-out-Modell und begrüßen, dass die Koalition im Bund in Ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, dass sie die ePA auf ein Opt-out-Modell umstellen will.

Zu b) Wir begrüßen die zügige Einführung des E-Rezeptes. Denn im Gesundheitswesen wird immer noch viel zu häufig mit Faxen gearbeitet. Diese Form der Kommunikation ist weder sicher noch zeitgemäß. Wir stehen für eine moderne Gesundheitspolitik und den Schutz der Patientendaten und wollen beides in Einklang bringen. Wichtig ist für uns aber, dass die Einführung des E-Rezepts nicht zu einer Schwächung der Apotheken führt. Hierzu ist aber essenziell wichtig, dass ein Makelverbot bestehen bleibt, und dafür werden wir uns auch einsetzen.

Zu c) Ja. Wir stehen für Innovationen. Ein digitaler Datenaustausch könnte einen erheblichen Beitrag dazu leisten, das Gesundheitssystem moderner und leistungsfähiger zu machen.

Die Linke

Zu a) Für DIE LINKE. sind Stärkung des Datenschutzes und der informationelle Selbstbestimmung zentrale Forderungen und Rechte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in erster Linie notwendige Informationen unter hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen zur Verfügung gestellt werden.

Zu b) Die Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln muss hohen Standards entsprechen. Die Standards und die Unternehmen, die diese erbringen, müssen entsprechend geschützt werden.

Zu c) Die medizinische Versorgung der Bevölkerung umfasst mehr als nur ärztliche Praxen, auch wenn diese weiterhin eine relevante Stütze sind. Wir fordern die Ausweitung der Finanzierung von Erstausrüstungen für weitere Berufsfelder der medizinischen nicht-ärztlichen Versorgung bzw. Leistungserbringer.

Frage 5: EU-Medizinprodukteverordnung (MDR)

Die Umsetzung der EU-Medizinprodukteverordnung ist für die Hersteller und Versorger von Hilfsmitteln eine große Herausforderung. Hersteller kündigen an, dass aufgrund des hohen bürokratischen Aufwandes im Zusammenhang mit der MDR teilweise alternativlose Produkte nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Auch bei der Umsetzung für die individuelle Versorgung durch die sog. Sonderanfertiger besteht weiterhin Klärungsbedarf. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Probleme bei der Umsetzung der MDR zu beseitigen?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Die Medizinprodukteverordnung sieht vor, dass auch Bestandsprodukte von ausgezeichneter Qualität erneut zertifiziert werden müssen. Da der bürokratische Aufwand dafür hoch ist, entscheiden sich Hersteller häufig dafür, die Produkte vom Markt zu nehmen, anstatt sie erneut zertifizieren zu lassen. Hier muss es seitens der EU-Erleichterungen geben, um Versorgungsengpässe zu verhindern. Entsprechende Bestrebungen des Bundes unterstützen wir.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Umsetzung der EU-Medizinprodukteverordnung so unbürokratisch wie möglich gestaltet wird. Abbau und Verhinderung unnötiger Bürokratie gehört zu unseren Kernforderungen für die kommende Legislaturperiode. Verfahrensdauern, Formulare, Doppelprüfungen, überlange Wartezeiten und unsinnige Vorschriften behindern Investitionen, Innovationen und Wachstum von Unternehmen in der Regel viel stärker als Finanzierungsfragen oder auch die Suche nach der richtigen technischen Lösung. Wie bereits ab 2003 in Niedersachsen gezeigt, werden wir ein Drittel der bürokratischen Vorschriften auf Landesebene abschaffen. Dafür werden wir die Clearingstelle der Landesregierung zu einem mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Bürokratie-Wächter weiterentwickeln. Ein selbst-ständiger Beirat aus der Praxis soll bürokratische Hemmnisse identifizieren und dem Landtag sowie der Landesregierung vorlegen. Dadurch können wir bei jeder neuen Vorschrift gleichzeitig zwei überflüssige Vorschriften abschaffen. Alle Gesetze und Verordnungen sollen in Zukunft auch von diesen Expertinnen und Experten aus der Praxis auf ihre echten Bürokratiekosten für die Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger überprüft werden. Dabei ist auch der Zeitaufwand von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zukünftig zu erfassen und als Bürgerkosten insgesamt auszuweisen und zu verringern. Selbstverständlich muss dabei auch sichergestellt werden, dass digitale Umsetzungen von neuen Verordnungen

verpflichtend sind.

Die Linke

Es braucht eine Entbürokratisierung der MDR ohne dass die Produktqualität in Leidenschaft gezogen wird und die Betriebe sich mehr auf die Herstellung von Produkten konzentrieren können. Hier werden wir versuchen gute Wege zu finden, die eine Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Hilfsmitteln auf hohem Niveau gewährleisten und den bürokratischen Aufwand auf das Minimum reduzieren.

Frage 6: Stärkung der Gesundheitsberufe

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der Selbstverwaltung verbindlich einbezogen werden, insbesondere in Hinblick auf die Setzung von Qualitätsstandards und die Fortschreibung des Hilfsmittelverzeichnisses?

SPD

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine im Hinblick auf die vorstehende Landtagswahl. Nachdem wir uns intensiver mit Ihren Fragen befasst haben, sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass ihr Fragekatalog bundespolitische Themen anspricht, die wir aus Perspektive des Landes nicht hinreichend beantworten können. In unserem Wahlprogramm „Fortschritt, der alle mitnimmt“ finden Sie unsere gesundheitspolitische Agenda für Niedersachsen.

CDU

Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit der Selbstverwaltung mit den Expertinnen und Experten der Leistungserbringer. Ziel einer Fortschreibung des Hilfsmittelverzeichnisses ist die Verbesserung der Qualität der Hilfsmittelversorgung im Sinne der Versicherten. Die Spitzenorganisationen der betroffenen Hersteller und Leistungserbringer sowie die maßgeblichen Interessenvertretungen der Patientinnen und Patienten werden in Stellungnahme- und Anhörungsverfahren an den Fortschreibungen der Produktgruppen beteiligt. Die Selbstverwaltung kann jedoch nicht gezwungen werden, die Hersteller und Leistungserbringer in jedem Fall verbindlich einzubeziehen.

B 90 / Die Grünen

Es liegen uns keine Antworten auf unsere Fragen von B 90 / Die Grünen vor.

FDP

Wir Freie Demokraten teilen Ihre Auffassung, dass die Gesundheitsberufe gestärkt werden müssen. Wir begrüßen daher den Koalitionsvertrag auf Bundes-ebene, der mit einer Reform des G-BA nicht nur die Entscheidungen der Selbstverwaltung beschleunigen und die Patientenvertretung stärken will, sondern auch der Pflege und anderen Gesundheitsberufen weitere Mitsprachemöglichkeiten einräumen will, sobald sie betroffen sind.



Die Linke

Die Strukturen der Selbstverwaltung sollten gewährleisten, dass möglichst alle Perspektiven eingebunden werden und entsprechend ihre Expertise einbringen.

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH und die Sanitätshaus Aktuell AG.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

Internet: www.wirversorgendeutschland.de

BT-Lobbyregister-Nr.: R004824

Anmerkung: Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert.